

Name des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft:

Bewerbungsbogen

Dienstleistungen

Bezeichnung der Dienstleistung:	
Maßnahmennummer	Baumaßnahme
Vergabenummer	Leistung

**1. Allgemeine Angaben zum Bewerber /ggf. zur
Bewerbungsgemeinschaft**

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
1.1	Bewerbung als ☐ Bewerber (keine Bewerbungsgemeinschaft) ☐ Bewerbungsgemeinschaft –federführendes Büro ☐ Bewerbungsgemeinschaft -nicht federführend- ☐ Unternehmen § 47 VgV (Eignungslleihe) und/oder § 36 VgV (Unterauftragnehmer)	

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
1.2	bei Bewerbungsgemeinschaften oder Unternehmen nach § 43bzw. § 47 VgV: Name des federführenden Büros/Antragstellers: Die interne Aufgabenverteilung ist in einer formlosen Anlage darzustellen.	

Nr.	Angaben
1.3	Name und Anschrift des Bewerbers/Unternehmens: Name Anschrift Benennung des Vertreters des Unternehmens für die Bewerbung (federführendes Büro) Name Position Tel. E-Mail Web.Adr.

Nr.	Angaben
1.4	Sitz des Bewerbers/Unternehmens: Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UStIdNr.):

Nr.	Angaben
1.5	Rechtsform des Bewerbers/Unternehmens:

Nr.	Angaben
1.6	☐ Büro besteht weniger als 3 Jahre (junges Büro) → wenn ja, Gründungsdatum:

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
1.7	Ist beabsichtigt Unteraufträge zu erteilen? (§ 36 VgV) ☐ ja ☐ nein Wenn ja, Leistung (soweit bereits bekannt) Büro/Sitz (soweit bereits bekannt) (Soweit noch nicht bekannt, sind die Leistungen mit der Angebotsabgabe mitzuteilen und das Büro auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu benennen (siehe Ziff. 5.2 und 7 der Teilnahmebedingungen)	

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
1.8	Beabsichtigt der Bewerber sich der Kapazitäten (Eignungsleihe) anderer Unternehmen zu bedienen? (§ 47 VgV) ☐ ja ☐ nein Wenn ja, Kapazitäten Büro/Sitz (soweit bereits bekannt) (Nachweise gemäß Ziff. 5.1 und 7 der Bewerbungsbedingungen)	

Nr.	Angaben
1.8	Allgemeine Angaben zum Unternehmen (§3 Abs. 1 VergStaVO) ☐ Kleinstunternehmen Unternehmen, die weniger als 10 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme 2 Mio. EUR nicht übersteigt. ☐ Kleine Unternehmen Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme 10 Mio. EUR nicht übersteigt ☐ Mittlere Unternehmen Unternehmen, bei denen es sich weder um Kleinstunternehmen noch um kleine Unternehmen handelt, die weniger als 250 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz 50 Mio. EUR nicht übersteigt und /oder deren Jahresbilanzsumme 43 Mio. EUR nicht übersteigt.

2. Ausschlussgründe

Nr.	Angaben
2.1	Der Bewerber erklärt hiermit verbindlich, dass keine Person, die dem Verwaltungs-, Leitungs-, oder Aufsichtsgremium oder darin Vertretungs-, Entscheidungs-, oder Kontrollbefugnisse hat, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach den in § 123 Abs. 1 GWB genannten Tatbeständen, wobei die Verurteilung höchstens 5 Jahre zurückliegt oder ein im Urteil festgelegter Ausschlusszeitraum noch nicht verstrichen ist. Tatbestände nach § 123 Abs. 1 GWB: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder - den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Einer Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße diesem Sinne stehen einer Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, machen Sie bitte folgende Angaben (Web-Adresse, bescheinigende Stelle, genaue Angabe der Dokumente ’, ’ Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: Datum der Verurteilung: Datum der Verurteilung/Festsetzung der Geldbuße: Art der Straftat gemäß den Pkt. 1 – 10: Grund (Gründe) für die Verurteilung: Verurteilte Person(en): Soweit unmittelbar im Urteil festgelegt: Dauer des Ausschlusszeitraums: Tatbestand (Tatbestände): Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, machen Sie bitte folgende Angaben (Web-Adresse, bescheinigende Stelle, genaue Angabe der Dokumente Im Falle einer Verurteilung: Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)? ☐ ja ☐ nein

	Beschreibung der Maßnahme: (Vorbehalten wird die Nachforderung von Nachweisen durch Bescheinigungen der jeweils zuständigen Behörde)
--	---

Nr.	Angaben		
2.2	Der Bewerber erklärt hiermit verbindlich, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist. ☐ ja ☐ nein		
	Falls nein, machen Sie bitte folgende Angaben	Steuern und Abgaben	Sozialbeträge
	Betroffenes Land bzw. Betroffener Mitgliedstaat		
	Wie hoch ist der fragliche Betrag		
	Wie wurde der Verstoß gegen die bestehenden Verpflichtungen festgestellt?		
	Im Wege einer Gerichts- oder Verwaltungsbehördlichen Entscheidung	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
	- Ist die Entscheidung endgültig und verbindlich?		
	- Geben Sie bitte das Datum der Verurteilung bzw. der Entscheidung an.		
	- Im Falle der Verurteilung: Soweit darin unmittelbar festgelegt, Dauer des Ausschlusszeitraume:		
	Auf andere Weise (bitte präzisieren):		
	Ist der Bewerber seiner Verpflichtung nachgekommen, indem er die Zahlung vorgenommen hat oder eine verbindliche Vereinbarung im Hinblick auf die Zahlung der fälligen Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge – ggf. einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafzahlungen eingegangen ist.	☐ ja ☐ nein Falls ja, bitte näher erläutern:	☐ ja ☐ nein Falls ja, bitte näher erläutern:
	Sofern die einschlägigen Unterlagen über die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben elektronisch abrufbar sind, machen Sie bitte folgende Angaben (Web-Adresse, bescheinigende Stelle, genaue Angabe der Dokumente)		
	(Vorbehalten wird die Nachforderung von Nachweisen durch Bescheinigungen der jeweils zuständigen Behörde)		

Nr.	Angaben
2.3	Der Bewerber erklärt hiermit verbindlich, dass keine Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vorliegen. Tatbestände §124 Abs.1: 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

7. das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadenersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.	
Angaben zu Gründen im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichem Fehlverhalten	☐ ja ☐ nein
Hat der Bewerber seines Wissens gegen seine umwelt-, sozial-, und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen?	☐ ja ☐ nein Falls ja: Hat der Bewerber Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens dieses Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)? ☐ ja ☐ nein Falls ja, beschreiben Sie die Maßnahme:
Befinden sich Bewerber in einer der folgenden Situationen? a) Er ist zahlungsunfähig. b) Er befindet sich in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation. c) Er befindet sich in einem Vergleichsverfahren. d) Er befindet sich aufgrund eines in den nationalen Vorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage. e) Seine Vermögenswerte werden von einem Insolvenzverwalter oder einem Gericht verwaltet. f) Seine gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt.	☐ ja ☐ nein
Falls ja: Bitte näher ausführen: Erläutern Sie bitte, warum der Bewerber unter Berücksichtigung der geltenden nationalen Vorschriften und Maßnahmen betreffend die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter diesen Umständen dennoch in der Lage ist, den Auftrag zu erfüllen.	
Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, machen Sie bitte folgende Angaben (Web-Adresse, bescheinigende Stelle, genaue Angabe der Dokumente)	
Hat der Bewerber im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen? Falls ja, bitte näher ausführen:	☐ ja ☐ nein Falls ja, hat der Bewerber „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?

	☐ ja ☐ nein Falls ja, beschreiben Sie bitte die Maßnahme:
Hat der Bewerber mit anderen Wirtschaftsteilnehmern Vereinbarungen getroffen, die auf eine Verzerrung des Wettbewerbs abzielen? Falls ja, bitte näher ausführen:	☐ ja ☐ nein Falls ja, hat der Bewerber „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen? ☐ ja ☐ nein Falls ja, beschreiben Sie bitte die Maßnahme:
Sieht der Bewerber einen Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren? Falls ja, bitte näher ausführen:	☐ ja ☐ nein
Hat der Bewerber oder ein mit ihm in Verbindung stehendes Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber beraten oder war auf andere Art und Weise an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beteiligt? Falls ja, bitte näher ausführen:	☐ ja ☐ nein
Wurde in der Vergangenheit ein zwischen dem Bewerber und einem öffentlichen Auftraggeber geschlossener Vertrag über die Vergabe eines öffentlichen Auftrags vorzeitig beendet oder hat ein entsprechend früher Auftrag Schadenersatz oder andere vergleichbare Sanktionen nach sich gezogen? Falls ja, bitte näher ausführen:	☐ ja ☐ nein Falls ja, hat der Bewerber „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen? ☐ ja ☐ nein Falls ja, beschreiben Sie bitte die Maßnahme:
Kann der Bewerber bestätigen, dass er a) sich bei seinen Auskünften zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien keiner schwerwiegenden Täuschung schuldig gemacht hat, b) keine derartigen Auskünfte zurückgehalten hat, c) in der Lage sein wird, die von dem öffentlichen Auftraggeber verlangten, zusätzlichen Unterlagen unverzüglich vorzulegen, und d) nicht versucht hat, die Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren	☐ ja ☐ nein

	erlangen könnte, oder fahrlässig, irreführende Informationen zu übermitteln, die die Entscheidungen über Ausschluss, Auswahl oder Zuschlag erheblich beeinflussen könnten?	
--	--	--

Nr.	Angaben
2.4	Der Bewerber erklärt hiermit verbindlich, dass keine Ausschlussgründe (§ 124 Abs. 2 GWB) im Zusammenhang mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohngesetz und dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz vorliegen.

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
2.5	Nachweis der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 377 (siehe Formblatt: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen)	

3. Eignungskriterien

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
3.1	Befähigung zur Berufsausübung (§ 44 VgV) ☐ Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Niederlassungsmitgliedstaates Eintragungsort/-nummer: / (Vorbehalten wird die Nachforderung von Nachweisen durch Bescheinigungen der jeweils zuständigen Behörde)	

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
3.2	Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV) Entfällt	

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
3.3	Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für entsprechende Leistungen in den letzten drei Jahren in Euro (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 u. Abs. Nr. 4 VgV).	

	Junge Büros (nicht älter als 3 Jahre): Umsatzangaben seit Gründung des Büros werden gewertet. Die Umsätze werden bei einer Bewerbergemeinschaft in Summe gewertet!		
	Gesamtumsatz: 2023 Euro netto 2024 Euro netto 2025 Euro netto Umsatz für entsprechende Leistungen (Objektplanungsleistungen) 2023 Euro netto 2024 Euro netto 2025 Euro netto		

Nr.	Angaben		
3.4	Erklärung, aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber in den letzten 3 Jahren Beschäftigten und die Anzahl seiner Führungskräfte sowie der festangestellten mit vergleichbaren Leistungen betrauten Architekten/Ingenieure (Dipl.Ing / Master / Bachelor) in den Jahren (2023, 2024, 2025) ersichtlich ist. Junge Büros (nicht älter als 3 Jahre): Mitarbeiteranzahl seit Gründung des Büros wird gewertet. Der geforderte Nachweis über die Zahl der Beschäftigten wird bei einer Bewerbergemeinschaft in Summe gewertet!		
	Mitarbeiteranzahl gesamt: 2023 2024 2025 Führungskräfte: 2023 2024 2025 Gemittelte Anzahl der festangestellten mit vergleichbaren Leistungen betraute Architekten/Ingenieure (Dipl.Ing / Master / Bachelor) 2023 2024 2025		

Nr.	Angaben	Anlage Nr.
3.6	Nachweis über die Kompetenz der Planung von Bauphysik (in Anlehnung an Ziff. 1.3 Heft Nr. 25 der Schriftenreihe AHO) Nachweise: Formlose Darstellung der Nachweise auf max. 1 DIN A4-Seite, z.B. durch Nennung von durchgeführten Projekten inkl. Auftraggeber, Auftragssumme, Leistungsumfang). (Vorbehaltlich wird die Nachforderung entsprechender Nachweise)	
3.7	Nachweise nach § 46 VgV: 3 Referenzen für vergleichbare Leistungen: gemäss Projektdatenblätter Nachweise: vollständige Angaben auf beiliegendem Formblatt "Projektdatenblatt" Mindestanforderung: Mindestanforderungen siehe Bekanntmachung und „Projektdatenblatt“.	